

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 1 · 46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 29.1.2015

Resolution

Der Terror von Paris Anfang Januar 2015 forderte 17 Todesopfer. Gleichzeitig zielte er auf Grundwerte der Demokratie. Gemeinsam setzten alle Fraktionen ein Zeichen gegen diesen Angriff. S. 4-5

Gedenken

Millionen Menschen wurden zwischen 1933 und 1945 verfolgt, entrechtet und ermordet. Anlässlich des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz-Birkenau gedachte der Landtag der Opfer. S. 7-9

Body-Cams

Minikameras, sogenannte Body-Cams, sollen Polizeibeamtinnen und -beamte vor Angriffen schützen. Über das Für und Wider diskutierten externe Fachleute – und die Fraktionen. S. 11-13

Landesverfassung

Wahlalter, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide: nur einige der Themen, die die Kommission zur Überprüfung der Landesverfassung bislang behandelte. Ende 2015 könnte sie fertig sein. S. 18

DER TERROR UND DIE MEINUNGS FREIHEIT

Leben und Freiheit

„Und Frieden auf Erden ...“ Einen Monat ist es her, da sandte das Weihnachtsfest diesen Wunsch aus in alle Welt. In Paris haben Terroristen diesen Frieden zunichte gemacht, als sie das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ attackierten – und damit zugleich Menschenrechte und Demokratie. Der Terrorakt sei ein brutaler Anschlag auf die Grundrechte, die die Demokratie im besonderen Maße schützen: die Meinungs- und die Pressefreiheit, so der Landtag in einem Kondolenzschreiben an den französischen Botschafter bzw. den Generalkonsul. Mit diesem Schreiben drückten Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis (Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich) nicht nur das Mitgefühl des Landesparlaments und der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens aus. Sie forderten auch alle freiheitsliebenden Menschen zur Verteidigung dieser Grundrechte auf.

In der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Freiheit in Artikel 2 festgeschrieben, in einem Satz mit dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. In den folgenden Artikeln wird dieses dann konkretisiert in Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit und Berufsfreiheit. Damit durchdringt die Freiheit alle Bereiche des Lebens: wohin man geht, was man tut, was man denkt, wen man trifft ... Sie endet nur da, wo sie die Rechte anderer verletzt. Alle diese Grundrechte sind angreifbar, verletzlich und müssen daher

geschützt werden. Im Landtag NRW wurde dies am 27. und 28. Januar deutlich erfahrbar. Zuerst im Gedenken an die Opfer von Holocaust und NS-„Euthanasie“. 70 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau und dem Ende des NS-Regimes erinnerte der Landtag daran, dass zwischen 1933 und 1945 Millionen Menschen sämtliche Rechte und Grundfreiheiten aberkannt wurden, bis hin zum Recht auf körperlicher Unversehrtheit – und auf Leben. Landtag Intern berichtet auf den Seiten 7-9 über die Veranstaltung sowie die dazugehörige Ausstellung.

SCHÜTZENSWERT

Im Plenum folgte dann das Gedenken an die Opfer des Terroranschlags von Paris, der nicht nur auf das Leben der Opfer, sondern auch auf die Freiheit in unseren westlichen Demokratien abzielte. Millionen Menschen stellten sich dem entgegen. Im Landtag wurde die Verteidigung der Grundrechte in einem gemeinsamen Antrag bzw. den Reden aller Fraktionen deutlich. Auch die Grundrechte derer, die selbst die Bedeutung von Toleranz, Pluralität, Integration und sozialem Zusammenhalt leugnen. Verteidigung von Demokratie und Grundrechten – eine zentrale Aufgabe für ein gewähltes Landesparlament (Seiten 3-5). *cw*



Titelthema

„Nicht Religion, der Fanatismus bedroht die Freiheit“ 4-5

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Michael Zabka (zab, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (zab), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de
Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Gribsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Digitaler Wandel: NRW 4.0	3
Plenum: Meldungen	6
Gedenken: Gegen das Vergessen	7
Ausstellung: „Menschen, die man vergisst, sterben ein zweites Mal“	8
Interview: „Ein Archipel des Todes“	9
Gesetzgebung	10
Polizei: Kameras sollen Angreifer abschrecken	11
Schlag auf Schlag	12-13
Ausschüsse: Meldungen	14-15
Aus den Fraktionen	16-17
Forum: Verfassungskommission:	
Straffer Arbeitsplan	18
Persönlich: Wolfgang Große Brömer	19
Termine	19

Das Ziel: NRW 4.0

Landesregierung will digitalen Wandel verstärkt fördern – Opposition vermisst Konkretes

28. Januar 2015 – Hochgeschwindigkeits-Internet auch im ländlichen Raum, kostenloses WLAN in Fußgängerzonen und Behördengänge via Internet: Unter dem Schlagwort „NRW 4.0“ will die Landesregierung den digitalen Wandel voranbringen, neue Wachstumschancen und mehr Lebensqualität schaffen. Dies erläuterte Ministerpräsidentin Kraft in einer Regierungserklärung. Die Oppositionsfraktionen vermissten eine klare Strategie der Landesregierung sowie die Schaffung konkreter Voraussetzungen wie schnelle Internetverbindungen.

Der digitale Wandel führe zu tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, sagte Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) (SPD). Bereits jetzt gebe es in NRW mehr als 23.000 Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Landesregierung wolle die Chancen des Wandels nutzen. NRW liege beim schnellen Internet im Vergleich zu anderen Flächenländern vorne. Bis 2018 sollen die noch fehlenden ländlichen Kommunen ans Hochgeschwindigkeits-Internet angeschlossen werden, sagte die Regierungschefin. Kostenloses WLAN in Fußgängerzonen solle selbstverständlich werden und viele Behördengänge dank sicherer elektronischer Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung ab 2016 überflüssig. Trotz aller Digitalisierung: Im Mittelpunkt ihrer Politik stehe immer der Mensch.

GRUNDLAGE DES WOHLSTANDS

CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) nannte die Regierungserklärung eine Aufzählung von Banalitäten und vermisste eine klare Strategie der Landesregierung. Es reiche nicht, alles zusammen zu suchen, was sich unter „Digitalisierung“ verbuchen lasse. „Ihre ganze Initiative hat eine bedenkliche Ökobilanz: viel Verpackung, wenig Inhalt.“ In einem Planungsentwurf für die Hochschulentwicklung zum Beispiel komme das Wort „Digitalisierung“ nicht vor. „Was kann die Politik tun, um unsere Wirtschaft, die Grundlage unseres Wohlstands, durch diesen Prozess zu begleiten?“ – diese und andere wichtige Fragen stelle die Landesregierung nicht,

sagte Laschet. Bei allen mit der Digitalisierung verbundenen Chancen müsse man zudem auch die Risiken ansprechen.

SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#) wies die Kritik von Laschet zurück. Die Koalition sei fest entschlossen, die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen. Von der CDU habe er dazu keinen einzigen Vorschlag, nur „Phrasen und Polemik“ gehört. Römer nannte die Digitalisierung die „vierte industrielle Revolution“. Er sei überzeugt, dass die Chancen dieser Revolution größer seien als die Risiken und dass die Vorteile der digitalen Ökonomie ihre Nachteile weit überträfen. Dabei müsse man die Digitalisierung nicht über sich ergehen lassen. „Wir können sie gestalten, und wir wollen sie gestalten.“ Er sei sich sicher, dass Rot-Grün die richtigen Antworten finden werde. Römer kündigte unter anderem Unterstützung für kleinere und mittlere Unternehmen an. Hier schlummere Potenzial.

FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#) übte deutliche Kritik an der Ministerpräsidentin. Anstatt „NRW 4.0“ habe Kraft „vier Mal Null“ geliefert. Die Regierungserklärung mit dem Untertitel „MegaBits. MegaHerz. MegaStark“ sei eine „Mega-Enttäuschung“. Die wichtigste Voraussetzung für den digitalen Wandel sei eine „smarte Regierung“, die das Thema engagiert annehme. Stattdessen habe es bislang keine einzige Gesetzesinitiative von Rot-Grün zu diesem Thema gegeben. Offenbar habe Kraft nach dem „Krisenjahr 2014“ mit einem neuen Thema einen neuen Start wagen wollen. „Sie können aber mit diesem neuen Thema nicht ihren alten Problemen entfliehen.“ So fehlten wichtige Voraussetzungen für den digitalen Wandel in NRW

wie gute Bildung und eine ausreichende digitale Infrastruktur.

Die Digitalisierung berühre alle Lebens- und Arbeitsbereiche und verursache durchgreifende Veränderungen. Für [Reiner Priggen](#) (GRÜNE) bedeutet sie den Übergang vom fossilen zum elektronischen Zeitalter. Herausforderungen, Chancen und Risiken seien mit dem Umbruch in der menschlichen Technik und Kommunikation verbunden; Aufgabe der Politik sei es, diesen Prozess mitzugestalten. Eine Grundlage sei zum Beispiel der Netzausbau. Hier liege NRW an der Spitze der Bundesländer. Dies sei gut, müsse aber vor allem mit Blick auf den ländlichen Raum noch besser werden. Die Landesregierung fördere notwendige innovative Maßnahmen und Beratungsangebote, verwies Priggen unter anderem auf die Bereiche (dezentrale) Energieversorgung, Gesundheitssystem und Mobilität.

Das Internet in heutiger Form werde verschwinden, so [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN) mit Blick auf Diskussionen über das Verschmelzen von digitalem und analogem Raum. Diese Entwicklung verlange, dass man das Internet gestalte. Davon sei in der „digitalen Agenda“ der Landesregierung nicht viel zu spüren. Es gehe nicht nur um ein neues Geschäftsmodell, man stehe an der Schwelle zu einer neuen Gesellschaft. Notwendig seien die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, eine gesetzliche Sicherstellung der informationellen Selbstbestimmung, eine gleichberechtigte Sicherung der digitalen Teilhabe aller Menschen sowie eine verbesserte Transparenz von politischen Prozessen. Für diese Aufgaben müsse ein eigenes Internetministerium geschaffen werden.

cw, zab, Wibke Busch



„Nicht Religion, der Fanatismus bedroht die Freiheit“

Fraktionen setzen Zeichen gegen den Terror

28. Januar 2015 – Der nordrhein-westfälische Landtag hat nach den islamistischen Anschlägen von Paris ein deutliches Zeichen gegen den Terror und für Demokratie, Meinungsfreiheit und Vielfalt gesetzt. Einstimmig verabschiedeten die Abgeordneten eine gemeinsame Resolution aller fünf Fraktionen (Drs. 16/7799). Darin werden die Angriffe als „unmenschliche Akte des Hasses gegen die Freiheit und ein mörderisches Fanal des Antisemitismus“ bezeichnet. Die Fraktionen betonen: „Es ist keine Religion, die unsere Freiheit bedroht. Es ist Fanatismus, und es ist die Angst, die unser Zusammenleben vergiften soll.“

SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#) sagte: „Die Terroristen wollten Frankreich in Angst und Schrecken versetzen. Sie wollten einen Keil in die französische Gesellschaft treiben. Das ist ihnen nicht gelungen.“ Er erinnerte daran, dass sich die freiheitliche und demokratische deutsche Verfassung auf die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 durch die französische Nationalversammlung stütze. Gerade jetzt komme es darauf an, dass alle demokratischen Kräfte zusammenstünden. Römer betonte: „Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir gehen gemeinsam gegen den Terrorismus, gegen Intoleranz, politische Gewalt und Fanatismus vor, weil wir unsere freiheitlichen Grundrechte europaweit schützen und ein friedliches und respektvolles Miteinander gewährleisten wollen.“ Freiheit und Demokratie seien nicht selbstverständlich, sie müssten täglich neu erkämpft und verteidigt werden. Deshalb sei es wichtig, dass sich der Landtag

gemeinsam für eine freiheitliche und gegenüber allen Religionen offene Gesellschaft einsetze.

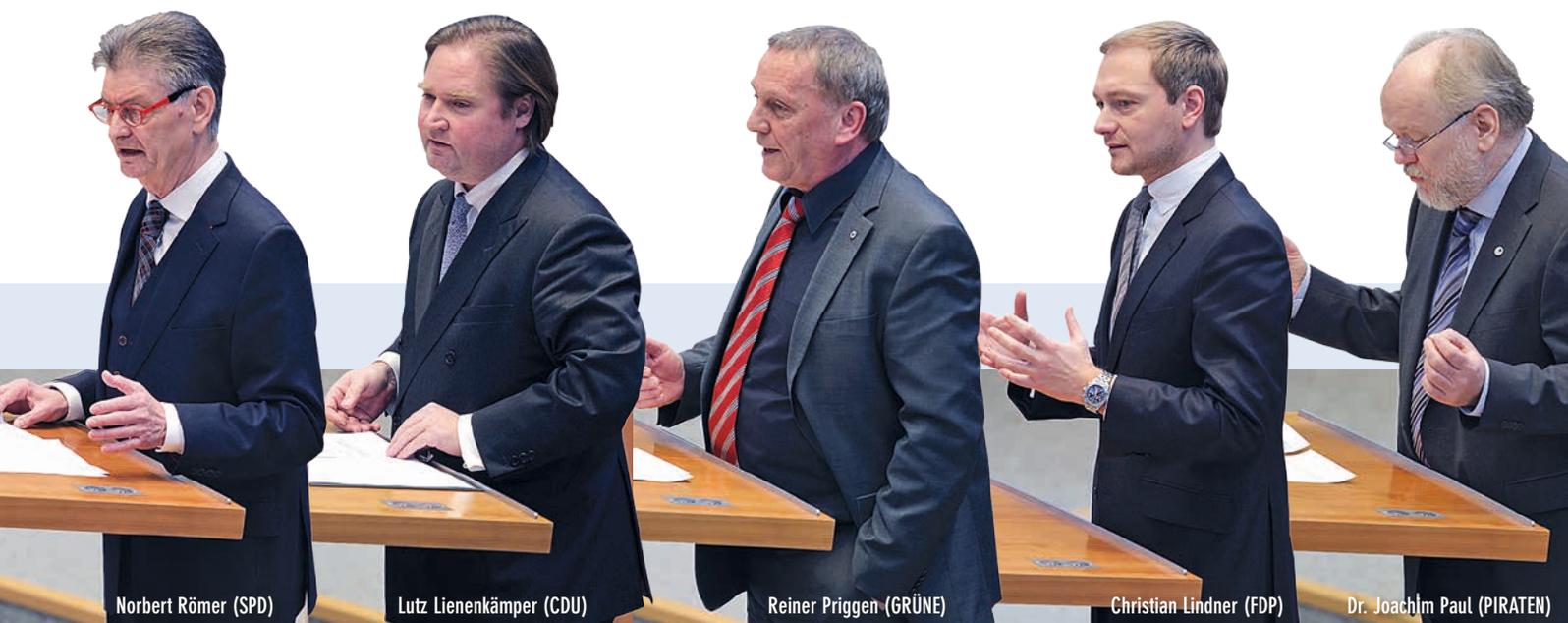
Für die CDU erinnerte der Parlamentarische Geschäftsführer [Lutz Lienenkämper](#) an die schrecklichen Bilder der Terroranschläge. Er verwies zugleich auf die großen Trauermärsche, die es in Paris und in vielen anderen Städten Europas, auch in NRW, gegeben habe. Diese gemeinsame Trauer habe die Menschen als Europäerinnen und Europäer zusammengeführt. „Es war spürbar, dass wir als Europäer gemeinsame Werte teilen, dass wir gemeinsam Trauer empfinden, dass wir zusammenstehen. Das war daher auch ein ganz starker europäischer Moment.“ Die überwältigende Mehrheit der Europäer habe auf die Anschläge nicht mit nationaler Rhetorik oder islamfeindlichen Parolen reagiert, sondern mit einem starken Zeugnis europäischer Solidarität. „Wenn wir heute sagen: Nach den Anschlägen von Paris sind wir mehr denn je Europäer, dann haben wir über die Attentäter und ihren

Ungeist gesiegt.“ Dann wirkten jene, die jetzt Nationalismus und Ausgrenzung das Wort redeten, erst recht wie Irrläufer, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden hätten.

„SCHÜREN VON ANGST“

„Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer und sind tief erschüttert von der Kaltblütigkeit und Brutalität der Täter“, sagte GRÜNEN-Fraktionschef [Reiner Priggen](#). Und: „Ein Angriff auf die Freiheit von Presse und Kunst ist ein Angriff auf uns alle.“ Unter den ermordeten Mitarbeitern von „Charlie Hebdo“ seien einige der berühmtesten Zeichner und Satiriker Frankreichs. Priggen nannte sie „Teil einer Kultur, die mit radikaler Offenheit die Unzulänglichkeiten der Gesellschaft aufspießt“. Genau dieser Einstellung verdanke Satire ihre Glaubwürdigkeit. Er sprach auch die Reaktionen auf die Terroranschläge an und erinnerte an die vielen Menschen, die „Straßen und Plätze in diesen Tagen nicht freigeben für dumpfes völkisches Ressentiment und das Schüren von Islamophobie“. Als Bürgerinnen und Bürger gehörten heute alle Menschen zu NRW, ganz gleich, ob sie glauben oder nicht glauben, ob sie Juden, Muslime oder Christen seien, einer anderen Religion angehörten oder eine andere Weltanschauung verträten.

„Demokraten lassen sich nicht ängstigen und reagieren mit Entschlossenheit, wenn es um die freiheitliche Grundordnung geht“, erklärte FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#). Die innere Liberalität werde in diesen Tagen aber auch von jenen infrage gestellt, die die Anschläge zu instrumentalisieren versuchten, um Ängste vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ zu schüren. Bei Menschen, die sich an die Verfassung hielten, sei es egal, woher sie kämen oder an welchen Gott sie glaubten. Jeder



Norbert Römer (SPD)

Lutz Lienenkämper (CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Christian Lindner (FDP)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)



„Worte und Bilder lassen sich mit Waffen nicht bekämpfen“



„Ums Wort und Widerwort und wieder Wort – das Schweigen und das Auferstehen.“ Diese Zeilen begegnen den Abgeordneten und Gästen des Landtags, wenn sie das Parlamentsgebäude in der Bürgerhalle betreten. Das Zitat des Feuilletonjournalisten Werner Witthaus ist als Sockelinschrift Teil des Kunstwerks „Phoenix“ des 1887 in Aachen geborenen und 1965 in Büderich verstorbenen Künstlers Ewald Mataré. Mit seinem „Phoenix aus der Asche“, einer Skulptur aus Eisen und Keramik, wollte Mataré den Aufstieg des Landes Nordrhein-Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zuletzt auf der Grundlage der neu errungenen Meinungsfreiheit symbolisieren. Es verwundert daher nicht, dass also der „Phoenix“ bereits seit 1949 erst im ehemaligen Parlamentsgebäude, dem Düsseldorfer Ständehaus, und dann im neuen Haus des Landtags über viele Wahlperioden hinweg an den hohen Wert der parlamentarischen

Debatte und des Meinungsaustausches erinnert. Ich meine: Besonders in diesen Wochen ist der „Phoenix“ aktueller denn je. Er steht dafür, dass sich nach den Jahren der Diktatur unsere Gesellschaft erst auf dem Sockel des freien Wortes und der freien Meinung entwickeln konnte und dass ein Angriff auf diese Werte zugleich ein Angriff auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt bedeutet. Auch deshalb haben uns die Terroranschläge von Paris schockiert, denn sie waren zugleich ein Anschlag auf alle demokratisch denkenden und handelnden Menschen. Doch das Tröstliche und Ermutigende ist: Die Blutstaten der Extremisten haben die Menschen nicht verstummen lassen, denn Worte und Bilder lassen sich mit Waffen nicht bekämpfen. „Ums Wort und Widerwort und wieder Wort“ – diese, unsere Freiheit gilt es auch zukünftig lebendig zu gestalten und zu beschützen.

Carina Gödecke
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

„Frankreich trauert und rückt zusammen“



Frankreich trauert und rückt zusammen – für Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Mit Schnellfeuerwaffen ermorden junge Verbrecher Menschen, die ihren Dienst tun, die ihre Einkäufe erledigen, und Menschen, die mit satirisch gespitzten Bleistiften die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst nutzen, um auf ihre sehr eigene Weise den Schwachsinn der Welt zu karikieren, das Lächerliche dem Gelächter preiszugeben, Provokantes noch zuzuspitzen. Man kann sich geschmacklich über diese Arbeit streiten, aber von unserer Meinungs- und Pressefreiheit ist sie gedeckt, und wir alle wollen, dass das so bleibt. Deshalb sind wir alle

„Charlie“. In Frankreich waren und sind diese Zeichner Stars, etwa wie bei uns Lorient, auch deshalb rückte Frankreich so eindrucksvoll zusammen.

Ebenso eindrucksvoll war, wie überall in Europa Solidarität und Mitgefühl mit den Freunden in Frankreich von vielen Tausend Menschen zum Ausdruck gebracht wurde. So nährt der laute, fürchterliche Schrecken die leise, Mut machende Hoffnung, dass sich Europa stärker als bisher auf seine Werte und seine Verantwortlichkeit besinnt, dass wir auch weiterhin in Vielfalt, multireligiös, tolerant, offen und frei leben wollen.

Oliver Keymis,
Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich

dürfe nach seiner Façon selig werden. Lindner warnte davor, die Ereignisse zu missdeuten und falsche Schlüsse zu ziehen. Ein Eingriff in Grundrechte – wie nach den Anschlägen in

den USA am 11. September 2001 – würde nur scheinbar mehr Freiheit garantieren. „Wenn andere unsere Freiheit hassen, verteidigen wir sie umso entschlossener“, sagte Lindner. Allerdings müssten sich auch Muslime gegen Extremisten in ihren Reihen zur Wehr setzen. Lindner regte zudem an, muslimischen Verbänden Unterstützung bei der „Modernisierung ihrer Religion“ anzubieten.

Weltoffenheit und Toleranz: Diese Tugenden standen im Mittelpunkt der Rede von [Dr. Joachim Paul](#), Fraktionsvorsitzender der PIRATEN. Europa sei angewiesen auf Menschen und Impulse von außen, verwies Paul auf den Einfluss des arabisch-islamischen Kulturkreises zum Beispiel auf Mathematik und Philosophie auch in Europa. Vor diesem Hintergrund gehörten weltanschauliche Differenzen ausgehalten, offen diskutiert und Grenzen nicht gebaut. Genau das Gegenteil strebten Terroristen an: „Das Ziel jedweder terroristischer Aktivität ist es zu spalten, zu trennen“, sagte Paul. Eine wesentliche Aufgabe europäischer Politik müsse es daher sein – über die Besinnung auf gemeinsame Werte hinaus –, jeder Form von Terrorismus offensiv entgegenzutreten, gegen den Terrorismus von religiös oder ideologisch motivierten Fanatikern,

gegen den Terrorismus von Staaten. Notwendig sei ein konstruktiver, demokratisch moderierter Dialog. „Denn das Allerletzte, was wir wollen, ist ein Kampf der Kulturen“, betonte Paul.

Es sei wichtig gewesen, nach den Anschlägen die Wut und die Trauer zu teilen, es sei ebenso wichtig, sich den Rassisten, die jeweils montags demonstrierten, in den Weg zu stellen, erklärte [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD). Im Integrationsland Nordrhein-Westfalen lebten Menschen unterschiedlicher Nationen, Herkunft und Religionen friedlich zusammen. Die Qualität des Zusammenlebens sei auch Folge eines erfolgreich praktizierten Grundkonsenses im Landesparlament. Diese Gemeinsamkeit habe NRW stark und erfolgreich gemacht. In diesem Zusammenhang hob Jäger die jüngsten Demonstrationen für das gleichberechtigte und respektvolle Miteinander hervor. „An der Weltoffenheit Nordrhein-Westfalens werden auch die feigen Anschläge in Paris nichts ändern“, unterstrich der Minister. Im Gegenteil: Um das gesellschaftliche Leben auch weiterhin erfolgreich zu entwickeln, sei Zuwanderung nötig. Dabei eine die Menschen christlichen, jüdischen und islamischen Glaubens ihre Ablehnung des religiösen Fanatismus.

cw, zab, Wibke Busch

Fotos: Schälte



Innenminister Ralf Jäger (SPD)



Foto: Schälte

MELDUNGEN

Erhöhung der Grunderwerbsteuer

18.12.2014 – Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung des Jahres 2014 die Erhöhung der Grunderwerbsteuer beschlossen. Der Gesetzentwurf ([Drs. 7147](#)) von SPD und GRÜNEN wurde in dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN verabschiedet. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten 118 Abgeordnete mit Ja, 99 mit Nein.

Zum 1. Januar 2015 ist die Grunderwerbsteuer damit von 5 auf 6,5 Prozent angestiegen. Sie wird beim Erwerb eines Grundstücks fällig. Die Regierungsfractionen rechnen mit Zusatzeinnahmen für den Landeshaushalt von 400 Millionen Euro pro Jahr. Die Steuer war das letzte Mal 2011 erhöht worden – damals von 3,5 auf 5 Prozent. Entschließungsanträge von FDP und PIRATEN ([Drs. 16/7643](#) bzw. [16/7621](#)) wurden mehrheitlich abgelehnt.

Gymnasiasten sollen entlastet werden

18.12.2014 – Die Landesregierung will Schülerinnen und Schüler im achtjährigen Bildungsgang an Gymnasien (G 8) entlasten. Dies teilte Schulministerin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) in einer Unterrichtung der Landesregierung mit. Hintergrund waren Empfehlungen eines Runden Tisches zur Schulzeitverkürzung. Vorgesehen seien u.a. klarere Regelungen für Hausaufgaben, Lernzeiten und Klassenarbeiten, der verpflichtende Nachmittagsunterricht soll begrenzt werden. An Tagen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht oder im Ganztagsbetrieb sollen Hausaufgaben nicht erlaubt sein – damit Kinder und Jugendliche mehr Zeit für sich hätten. Ein weiterer Punkt: Ergänzungsstunden sollen stärker individuell ausgerichtet werden. Parlament und Ministerium müssten die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Empfehlungen schaffen.

Der Entschließungsantrag ([Drs. 16/7612](#)) wurde mit den Stimmen von Rot-Grün angenommen. Mit „Nein“ stimmten CDU, FDP und PIRATEN.

Kulturförderungsgesetz verabschiedet

17.12.2014 – Der Landtag hat das Kulturförderungsgesetz ([Drs. 16/6637](#)) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN in zweiter Lesung verabschiedet. Dagegen stimmten CDU, FDP und PIRATEN. Das Gesetz legt Ziele, Schwerpunkte und Grundsätze der Kulturförderung fest, es definiert Handlungsfelder und schafft Instrumente der Kulturförderung des Landes. „Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe ergänzen sich Land und Gemeinden wechselseitig in gleichberechtigtem partnerschaftlichem Zusammenwirken und beziehen hierbei die frei-gemeinnützigen Träger der Kultur mit ein“, heißt es im Gesetz. Das Land fördere „insbesondere Maßnahmen von regionaler, landesweiter, nationaler oder internationaler Bedeutung, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahme ohne Landesförderung nicht oder nicht in ausreichendem Maße erreicht werden können“.

„Jungen fit für die Zukunft machen“

18.12.2014 – „Jungen fit für die Zukunft machen“: Unter diesem Titel steht ein Antrag ([Drs. 16/7493](#)) aller fünf Fraktionen, den das Plenum einstimmig angenommen hat. Die Fraktionen fordern die Landesregierung unter anderem auf, bei Jungen und jungen Männern verstärkt für Praxisphasen in erzieherischen, pflegerischen und sozialen Berufen zu werben. Diese entschieden sich heute überdurchschnittlich häufig für technische, handwerkliche oder naturwissenschaftliche Berufsfelder und Studiengänge. Jungen und junge Männer frühzeitig mit den Berufen in Kontakt zu bringen, die derzeit vor allem

von Mädchen und jungen Frauen ausgewählt werden, könne ein weiteres Element zur Behebung des Fachkräftemangels sein. Zugleich soll der „Boys‘ Day“ analog zum „Girls‘ Day“ zu einem Wettbewerb um die besten Konzepte weiterentwickelt werden. Im Rahmen des „Boys‘ Days“ können Schüler der Klassen fünf bis zehn in weiblich dominierte Berufsfelder beziehungsweise Studiengänge hineinschnuppern.

Grünes Licht für das Strafvollzugsgesetz

18.12.2014 – In dritter Lesung hat der Landtag mit den Stimmen der Oppositionsfractionen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN das Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen ([Drs. 16/5413](#)) verabschiedet. Das Gesetz, vorgelegt von der rot-grünen Landesregierung, sieht sich einem „aktivierenden Strafvollzug“ verpflichtet, der den Grundsatz des „Forderns und Förderns“ in den Mittelpunkt stellt. Der offene Vollzug soll einen möglichst hohen Stellenwert erhalten. Der Bedeutung des Opferschutzes entsprechend enthält das Gesetz Vorgaben zur opferbezogenen Gestaltung des Vollzugs, etwa bei der Gewährung vollzugsöffnender Maßnahmen, dem Schutz opferrelevanter Daten und der Erteilung von Auskünften an Opfer.

Landtagsandacht

Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Antonius Hamers, luden Abgeordnete und Mitarbeitende des Landtags am 20. Januar 2015 zum Jahresbegrüßungsgottesdienst in die Max-Kirche sowie vor Beginn der Plenarsitzung am 29. Januar 2015 zur Landtagsandacht im „Raum der Stille“ ein.

erfasst,
verfolgt,
vernichtet.

Kranke und

behinderte Menschen

Gegen das Vergessen

Landtag gedenkt der Opfer des Holocaust

27. Januar 2015 – Es war eine Rede, die berührte und zugleich aufrüttelte. „Ich möchte nicht, dass die Holocaust-Leugner ohne Widerspruch ihre Lügen verbreiten können.“ Mit diesen Worten begründete der Auschwitz-Überlebende Harry Radzyner, warum er nach langem Schweigen über seine Erlebnisse im Vernichtungslager berichte. Der 81-Jährige sprach bei einer großen Veranstaltung, mit der der Landtag 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz-Birkenau durch sowjetische Soldaten der Opfer des Nationalsozialismus gedachte.



Fotos: Schälte

Zu der Feierstunde mit mehr als 450 Gästen hatten Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), Ulrike Lubek, eingeladen. Eines besonderen Schwerpunkts legten sie mit einer Ausstellung zur Verfolgung und Ermordung Kranker und Behinderter während der NS-Zeit, die während der Veranstaltung eröffnet wurde.

Das Schweigen aufbrechen und erinnern – dieses Leitmotiv zog sich durch den Abend. Radzyner erläuterte, dass er seit 54 Jahren in Düsseldorf lebe, aber nie über Auschwitz gesprochen habe. Jetzt sei der Zeitpunkt dafür gekommen, weil er zur letzten Generation der Überlebenden gehöre. „Heute höre ich mit Abscheu die Parolen der Neonazis und werde sie bis aufs Letzte bekämpfen.“

Radzyner, geboren in Lodz, war im August 1944 in das Vernichtungslager gekommen. „Es

war eine grausame Zeit, Überleben war reine Glückssache.“

In ihrer Begrüßungsrede hatte die Landtagspräsidentin zuvor betont, die Deutschen seien dankbar und froh, dass „trotz des dunkels-

ten Kapitels unserer Geschichte Juden in stetig wachsenden Gemeinden wieder mit uns leben“. Umso tiefer hätten sie die Attacken auf Juden und jüdische Einrichtungen in jüngster Zeit erschüttert. Sie mahnte: „Wie auch immer Antisemitismus sich tarnt – er bleibt böseartig und hässlich. Und es bedarf unseres Widerspruchs.“

Hauptredner des Abends war der Historiker und Journalist Prof. Dr. Götz Aly (siehe auch S. 9). Er betonte die Mitverantwortung der „allermeisten Deutschen“, die Profiteure der Enteignung von Juden gewesen seien, die angesichts der Verbrechen stillgehalten hätten. „Wir Heutigen wissen: Unseren Wohlstand, unsere Freiheit, sieben Jahrzehnte des Friedens, das Glück unserer Kinder und Kindeskinde ver-danken wir allein dem mit harter militärischer Gewalt erzwungenen Ende des deutschen Ver-nichtungs-, Raub- und Rassekriegs.“

EIN BILD VON BENJAMIN

Die Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet“ der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) erinnert an die bis zu 400.000 kranken und behinderten Menschen, die ab 1934 gegen ihren Willen sterilisiert wurden; mehr als 200.000 Menschen wurden ermordet. Für die Landeshauptstadt Düsseldorf dankte Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD), dass der Landtag die Ausstellung zeige. Die Erinnerung an die Verbrechen schulde man den Opfern.

Prof. Dr. Wolfgang Gaebel, ärztlicher Direktor des LVR-Klinikums Düsseldorf und Beisitzer im Vorstand der DGPPN, betonte, den Opfern sei nach 1945 viel zu wenig oder keine Aufmerksamkeit zuteil geworden. Eines dieser Opfer war Benjamin Traub, der in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet wurde. An ihn erinnerte sein Neffe Dr. Hartmut Traub, der während seiner Rede ein Bild von Benjamin in den Plenarsaal gestellt hatte (siehe auch S. 8). Auf seine Bitte hin erhoben sich die Gäste der Veranstaltung schweigend, um der Opfer zu gedenken.

Wibke Busch



Landtagspräsidentin
Carina Gödecke (SPD)

Düsseldorfs
Oberbürgermeister
Thomas Geisel (SPD)

Dr. Hartmut Traub

Prof. Dr. Götz Aly

Prof. Dr.
Wolfgang Gaebel

Hohenneudorf b/ Berlin
Ruhwaldstr. 50

FORUM

Leider müssen wir Ihnen

Estella Sara Meyer geb.
am 20. Juli 1942 hier
de geht Ihnen anliegend
Die Verlegung der Krank
Gründen der Reichsverte

heute mitteilen, dass Ihre Ma
Goldschmidt, geb. 1.4.70 in
Ruhr verstorben ist. Eine S
ur etwaigen Vorlage bei Beh
in die hiesige Anstalt erf
gung.

„Menschen, die man vergisst, sterben ein zweites Mal“

Ausstellung im Landtag erinnert an Opfer der NS-„Euthanasie“

27. Januar 2015 – Bis zu 400.000 Menschen wurden zwischen 1934 und 1945 in Deutschland zwangssterilisiert, mehr als 200.000 in Heil- und Pflegeanstalten ermordet. An sie erinnert die Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“. Im Mittelpunkt steht das Schicksal der Opfer. Zum Beispiel das von Benjamin Traub.

Benjamin ist ein kluges Kind. Er spielt sehr gut Klavier und leidenschaftlich Schach, in der Schule überspringt er sogar eine Klasse. Kurz nach seinem 15. Geburtstag aber beginnen die Krampfanfälle. Die Diagnose: Jugendschizophrenie. Benjamin kündigt mehrfach an, aus dem Fenster zu springen. Im August 1931 wird er in die Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau eingewiesen, dort bleibt er neun Jahre lang. Regelmäßig besucht er seine Familie in dieser Zeit, spielt und musiziert mit den Geschwistern. Am 7. März 1940 wird er nach Weilmünster in Hessen verlegt, am 13. März 1941 mit weiteren 64 Patienten in die nahe gelegene Tötungsanstalt Hadamar. Noch am selben Tag stirbt er dort im Gas. Benjamin Traub, geboren am 25. November 1914 in Mülheim an der Ruhr, wird 26 Jahre alt.

Ein Stolperstein vor dem Haus Auerstraße 59 erinnert an ihn, es ist der hundertste, der in Mülheim verlegt wurde. Stolpersteine – das sind Gedenktafeln aus Messing mit den Lebens- und Sterbedaten von NS-Opfern. Sie werden vor dem letzten selbst gewählten Wohnort in den Bürgersteig eingelassen. Der Aktionskreis, der sich in Mülheim um die Verlegung der Steine kümmert, bittet Dr. Hartmut Traub, Benjamins Neffen, um Zustimmung. Er ist einverstanden. Man bittet ihn aber auch um Informationen über seinen Onkel. „Benjamin war der jüngste Bruder meines Vaters, das wusste ich. Viel mehr aber nicht“, sagt der heute 62-Jährige. Traub beginnt zu recherchieren. Er liest die Tagebücher seines Vaters, er sucht in alten Fotoalben nach Spuren von Benjamin. Er findet nicht viel.

Sein Vater habe nie über Benjamin gesprochen, erzählt Hartmut Traub. Der Vater – ein Künstler, ein hoch emotionaler Mensch, aber auch, wie der Sohn sagt, ein großer Verdränger von Konflikten mit ambivalentem Verhältnis zum Nationalsozialismus: „Er hat uns den Krieg rosig geschildert.“ Genauso habe er ihn auch gemalt: wunderschöne, ruhige, russische Winterlandschaften. Soldaten am

Strand, Melonen essend. Da sind aber auch die Alpträume, von denen er in seinen Tagebüchern schreibt. Wie er unbewaffnet in einen russischen Hinterhalt gerät. Traub: „Mein Vater hat oft davon geträumt.“

In einem der Tagebücher findet Hartmut Traub die Zeichnung eines Grabsteins. Darunter hatte der Vater notiert: „Am 1. April 2 Uhr 5 Minuten ist unser Benjamin angeblich an den Folgen einer Grippe mit Hirnhautentzündung gestorben.“ Unser Benjamin. Angeblich. Das Todesdatum, die Todesursache – nichts stimmt. Viele Familien erhalten ähnliche Briefe (Foto oben). Nach Benjamins Urnenbeisetzung verschwindet der Bruder aus den Tagebüchern.

1982 bringt sich einer der Brüder von Hartmut Traub um. Der Vater schreibt im Tagebuch vom „Bluterbe“.

Warum in der Familie nie über Benjamin gesprochen wurde? „Vermutlich aus Scham“, meint Dr. Hartmut Traub, das sei in vielen Familien so gewesen. Die Politik habe es lange versäumt, die Opfer der NS-„Euthanasie“ als das darzustellen, was sie waren: Opfer.

MOSAIKSTEINCHEN

Tagebücher und Fotoalben liefern Hartmut Traub wichtige Mosaiksteinchen über Leben und Sterben seines Onkels, doch das reicht ihm nicht. Er forscht in Archiven – beim Landschaftsverband, aber auch in der heutigen Gedenkstätte Hadamar: „Als Sozialwissenschaftler hatte ich mich viel mit Auschwitz und den Nürnberger Prozessen beschäftigt. Es ist aber etwas anderes, wenn die eigene Familie betroffen ist.“ Wenn der eigene Name in den Todeslisten steht.

Hartmut Traub fühlt sich dem Onkel, den er nicht kennenlernen durfte, heute sehr nahe. Wie Benjamin musiziert auch der Neffe leidenschaftlich, und auch er spielt gerne Schach. Wenn er durch Mülheim geht, vorbei am Rathaus, am Marktplatz, an der Kirche, denkt er daran, dass dies auch die Wege seines Onkels waren. „Menschen, die man vergisst, sterben ein zweites Mal“, sagt er. zab

Zur Person

Dr. Hartmut Traub (auf dem Foto mit einem Bild seines Onkels Benjamin) ist Studiendirektor am Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung in Essen, Autor philosophischer Fachbücher und Mitherausgeber einer philosophischen Zeitschrift. Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus und der Eröffnung der Ausstellung sprach er am 27. Januar im Plenarsaal des Landtags als Vertreter der Opfer. Die Ausstellung, die der Landtag gemeinsam mit dem LVR-Klinikum zeigt, ist bis zum 6. März zu sehen.



Foto: Schälte

„Ein Archipel des Todes“

Prof. Götz Aly über Vergangenheit und Zukunft der Erinnerungskultur

27. Januar 2015 – Der Historiker und Journalist forscht und schreibt seit Jahren über den Nationalsozialismus. Am 27. Januar 2015 war Prof. Aly Hauptredner bei der Gedenkveranstaltung des Landesparlaments zur Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz-Birkenau vor 70 Jahren.

Was haben Sie bei Ihrem ersten Besuch in Auschwitz-Birkenau empfunden?



Prof. Aly: Ich bin in den frühen 1980er-Jahren zum ersten Mal dort gewesen. Es war ein kalter, sehr zugiger Wintertag, und anders als heute war insbesondere der Lagerkomplex Birkenau damals nur

wenig besucht. Ich bin mehrere Stunden über das Gelände gegangen. Mir ist die ungeheuerliche Riesenhaftigkeit dieser Vernichtungseinrichtung bewusst geworden. Das hat wohl auch dazu beigetragen, dass ich diesem Thema so lange treu geblieben bin.

Wie wichtig ist es, dass insbesondere junge Deutsche diesen Ort besuchen?

Ich glaube, es ist wichtig, um sich eine Vorstellung von der Größe zu machen, von diesem Archipel des Terrors und des Todes. Man muss sich dieses Gelände förmlich erwandern. Dabei muss man sich klarmachen, dass die von Bildern bekannten Eisenbahnschienen, die direkt ins Vernichtungslager Birkenau führen, erst im Mai 1944 gebaut wurden, um dort die nächsten 400.000 Menschen – Juden aus Ungarn – zu ermorden. Es ist aber unabdingbar, dass junge Menschen auf freiwilliger Basis Auschwitz-Birkenau besuchen; sie müssen innerlich dazu bereit sein, sollten von sich aus den Entschluss fassen.

Wird genug getan, um diese Orte der Erinnerung zu erhalten?

Die Frage ist, ob wir den Verfall aufhalten sollten. Diese Lager sind ja für die kurzfristigen Massenmordaktionen gebaut worden, zumeist mit simplen Holzbaracken. Eine Art Disneyland des Todes neu zu bauen, hätte etwas sehr Fragwürdiges.

Was sollte bei der Erinnerung im Mittelpunkt stehen?

Ich finde es gut, an die Menschen zu erinnern. Wir sprechen über die Opfer, was vollkommen richtig ist. Aber wir sprechen zu wenig über die Täter, über die vielen großen und kleinen Verfolger, die Mitläufer und Profiteure. Über die moralisch angenehme Identifikation mit den Opfern gewinnen wir keinen Zugang zu den Ursachen und den menschlichen Voraussetzungen dieser ohnehin schwer zu begreifenden Menschheitsverbrechen. Hier gibt es eine ganz merkwürdige Diskrepanz. Auch werden Euthanasieopfer praktisch nicht mit Namen genannt. Die meisten Familien wissen nichts von diesen Opfern, weil sie damals und später von den Morden an den psychisch Kranken nichts wissen wollten. Warum ist das so? Es heißt auch immer stereotyp: Die Nationalsozialisten haben das und das getan ... Wer war das denn, die Nationalsozialisten? Beispielsweise hat im katholischen Rheinland nicht die überwiegende Mehrheit Hitler gewählt. Aber sehr viele Rheinländer, die Hitler nicht gewählt haben, waren Antisemiten. Auch das müssen wir uns bewusst machen. Die Judenfeindschaft wirkte vielfach politisch integrativ, nicht spaltend und abstoßend.

Was bedeutet der Widerstand gegen die Verfolgung und Vernichtung von Kranken und Behinderten in der NS-Zeit für uns heute?

Es hat den öffentlichen Widerstand eines einzigen Mannes in der katholischen Kirche gegeben: Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster. Es war der Mut eines Einzelgängers, der dazu führte, dass das Mordprogramm für etwa ein Jahr ausgesetzt wurde. Die Katholische Bischofskonferenz hat diesen Mann nicht unterstützt, von den protestantischen Bischöfen nicht zu reden. Sie protestierten gelegentlich, allerdings ausschließlich in vertraulichen Briefen, die der Öffentlichkeit verborgen blieben. An-

dererseits gab es zum Beispiel 1.200 Vormundschaftsrichter im Deutschen Reich. Fanden die Abtransporte der psychisch Kranken in einem bestimmten Bezirk statt, dann bekamen diese Richter plötzlich Dutzende ähnliche Totenscheine für ihre Münder auf den Tisch. Nur ein einziger hat protestiert – Lothar Kreyszig. Warum protestierte nur einer? Wir müssen fragen: Wie haben sich normale Menschen verhalten – und wie hätten sie sich verhalten können? Ihr Verhalten bestand hauptsächlich im Wegsehen und nicht so sehr in der aktiven Beteiligung an den Verbrechen.

Wie gefestigt ist unsere Demokratie heute?

Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland werden sich in dieser Form nicht wiederholen, dessen bin ich sicher. Aber es gibt andere Möglichkeiten des Entgleisens und Zerbrechens relativ gefestigt und zivil erscheinender Gesellschaften. Auch die Verbrechen der Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund hatten tausendfaches Wegsehen, Gleichgültigkeit und stillschweigende Billigung von ausländerefeindlichen Aktionen zur Grundlage. Anders als 1933 hat unsere Demokratie heute eine starke Basis in der Bevölkerung.

Warum ist es wichtig, dass der Landtag NRW der Opfer des Nationalsozialismus gedenkt?

Eine der wichtigsten Entwicklungen der vergangenen 40 Jahre ist die, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus nicht mehr Teil von Parteienstreitigkeiten ist. Jenseits aller sonst unterschiedlichen Meinungen haben die Deutschen hier zu einem klaren Konsens gefunden. Das demonstrieren die Repräsentanten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes am 27. Januar stellvertretend für die Bürger Nordrhein-Westfalens. Über die Einladung, an diesem Tag im Landtag zu sprechen, habe ich mich sehr gefreut.

Wibke Busch, *zab*



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/7774	Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen, SPD/GRÜNE	ohne Debatte	1. Lesung 28.1.2015 2. Lesung 29.1.2015
16/7544	Änderung des Schulgesetzes für das Land NRW, SPD/GRÜNE	Vorschlag: Schulausschuss	Anhörung 4.2.2015
16/7545	Vollzug der Abschiebungshaft in NRW, SPD/GRÜNE	Vorschlag: Innenausschuss	Ausschuss 26.2.2015
16/7429	Gesetzliche Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, LR	Vorschlag: Bauausschuss	Ausschuss 5.3.2015
16/7430	Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte, Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Energieeinsparungsgesetz, dem Bauproduktengesetz und der Verordnung (EG) Nr. 765/2008, LR	Vorschlag: Bauausschuss	Ausschuss 5.3.2015
16/7474	Aufhebung von Normen aus dem Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzrechts, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	2. Lesung 18.-23.2015
16/7383	Änderung des Landesjagdgesetzes und anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz), LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/6866	Stärkung des Regionalverbands Ruhr, LR	Kommunal-ausschuss	in Beratung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/6634	Schutz personenbezogener Daten, LR	Innenausschuss	Sachverständigen-gespräch 26.2.2015
16/6224	Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern etc., LR	Familienausschuss	Ausschuss 26.2.2015
16/6091	Änderung der Gemeindeordnung, LR	Kommunal-ausschuss	1. Lesung 3.7.2014 2. Lesung 28.1.2015
16/6090	Kommunale Gemeinschaftsarbeit, LR	Kommunal-ausschuss	1. Lesung 3.7.2014 2. Lesung 28.1.2015
16/6088	Änderung des Rettungsgesetzes, LR	Gesundheits-ausschuss	Ausschuss 11.3.2015
16/5743	Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden, PIRATEN	Kommunal-ausschuss	Anhörung 13.3.2015
16/5474	Partizipation auf Kommunalebene, PIRATEN	Kommunal-ausschuss	Anhörung 13.3.2015
16/5412	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes, LR	Gesundheits-ausschuss	Ausschuss 25.3.2015
16/5038	Änderung des Polizeigesetzes, CDU	Innenausschuss	2. Lesung 18.-20.3.2015
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunal-ausschuss	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/7147	Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer	SPD/GRÜNE	3. Lesung 18.12.2014	angenommen
16/7091	16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Änderung Landesmediengesetz	Landesregierung	2. Lesung 17.12.2014	angenommen
16/6689	Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge	Landesregierung	2. Lesung 17.12.2014	angenommen
16/6637	Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung	Landesregierung	2. Lesung 17.12.2014	angenommen
16/6636	Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch	Landesregierung	2. Lesung 17.12.2014	angenommen
16/6131	Ausführung des Baugesetzbuches	CDU/FDP	2. Lesung 18.12.2014	angenommen
16/6125	12. Änderung Abgeordnetengesetz (Mitarbeiterpauschale)	SPD/CDU/GRÜNE/FDP	2. Lesung 17.12.2014	angenommen
16/6092	Finanzielle Beteiligung an der Ausbildung von Altenpflegerinnen und -pflegern	Landesregierung	2. Lesung 17.12.2014	angenommen
16/5413	Vollzug der Freiheitsstrafe, Jugendstrafvollzugsgesetz	Landesregierung	3. Lesung 18.12.2014	angenommen
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW	CDU	3. Lesung 18.12.2014	abgelehnt

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtag.nrw.de ausführlichere Informationen.



Foto: HMdIS

Kameras sollen Angreifer abschrecken

Experten äußern sich im Innenausschuss zu „Body-Cams“ für die Polizei

13. Januar 2015 – Die CDU regt an, den Einsatz sogenannter Body-Cams (Mini-Schulterkameras) nach hessischem Vorbild auch bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen zu erproben. Bei einer Anhörung im Innenausschuss äußerten Experten Zustimmung, aber auch Skepsis.

Hintergrund des CDU-Antrags ([Drs. 16/5923](#)) sind vermehrte Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Potenzielle Angreifer sollen durch die Kameras abgeschreckt werden und – falls dies nicht gelingt – beweissicher überführt werden. In Frankfurt sei das Projekt erfolgreich verlaufen, die Zahl der Angriffe durch den Einsatz der Body-Cams binnen eines halben Jahres um rund 26 Prozent zurückgegangen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sprach von einem „überfälligen ersten Schritt“. Ein flächendeckender Einsatz von Body-Cams komme für die GdP jedoch nicht infrage, betonte NRW-Vorsitzender Arnold Plickert. „An gewissen Orten und zu gewissen Zeiten“ seien die Kameras jedoch sinnvoll. Ihr Einsatz solle sich auf öffentlich zugängliche Bereiche mit einem erhöhten Aufkommen an Angriffen beschränken. Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft stehe einem Pilotversuch offen gegenüber, sagte Erich Rettinghaus, Vorsitzender des Landesverbandes NRW. Allerdings müsse eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Zudem vermisste man eine neutrale empirische Bewertung der hessischen Ergebnisse. Er empfahl eine Begleitung durch die Deutsche Hochschule der Polizei. Während in Hessen ausschließlich Bildaufnahmen gefertigt werden, halten beide Gewerkschaften auch Tonaufnahmen für sinnvoll.

So sieht es auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk). Man befürworte den probeweisen Einsatz, sagte Sebastian Fiedler, bdk-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Aufzeichnungen dürften aber nur anlassbezo-

gen erfolgen, etwa bei einer problematischen Personenkontrolle. Body-Cams hätten sich insbesondere dann bewährt, wenn die Polizei auf Gruppen treffe und von Mitgliedern dieser Gruppen bedrängt werde. Ein offener Hinweis auf die Kamera könne dazu führen, dass gewaltbereite Personen von ihrem Vorhaben ablassen.

„FEHLENDE RECHTSGRUNDLAGE“

Ulrich Lepper, Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, und Prof. Dr. Clemens Arzt (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) wiesen ebenfalls auf die fehlende Rechtsgrundlage für den Einsatz von Schulterkameras hin. Das Polizeigesetz erlaube zwar Bildaufnahmen zur Eigensicherung, allerdings nur aus Polizeifahrzeugen heraus, sagte Lepper. Eine mögliche Ausweitung der Videoüberwachung halte er für ein bedenkliches Signal an die Gesellschaft, die Distanz zur Polizei könne wachsen. Lepper bezweifelte zudem, dass die in Frankfurt gewonnenen Erkenntnisse tatsächlich einen positiven Effekt für die Sicherheit der Einsatzkräfte belegen. Der Rückgang der Übergriffe um 26 Prozent entspreche in absoluten Zahlen einer Reduzierung von 27 auf 20 Vorfälle. Dies könne auch andere Ursachen haben. Das Modellprojekt müsse einer externen wissenschaftlichen Begleituntersuchung unterzogen werden, erklärte Arzt, eine polizeiinterne Auswertung könne diese nicht ersetzen.

Nach Ansicht von Dr. Nils Zurawski (Institut für Kriminologische Sozialforschung, Hamburg) bleibt unklar, ob es beim Einsatz von Body-Cams um Abschreckung oder Beweissicherung gehe. Dass die Kameras auf jeden Fall präventiv wirken, sei nicht bewiesen, das Zahlenmaterial aus Hessen „dürftig“ und „nicht schlüssig“.

In Hessen habe sich der Einsatz von Body-Cams bewährt, sagte Frank Schuckmann vom dortigen Innenministerium. Er berichtete von insgesamt vier Pilotprojekten – zwei in Frankfurt (Alt Sachsenhausen und Innenstadt-Zeil) sowie in Wiesbaden und Offenbach. Beabsichtigt sei nun der landesweite, brennpunktorientierte Einsatz der Kameras. Eine Erprobung auch in NRW sei der richtige Schritt. Auf diese Weise könnten auch die hessischen Erfahrungen überprüft werden. Jeder Polizist, der nicht angegriffen und möglicherweise verletzt werde, sei den Versuch wert, so Schuckmann in seiner Stellungnahme.

Der Antrag sei grundsätzlich zu begrüßen, sagte Sicherheitsexperte Michael Radner (Taser International Europe). In Hessen setze man mit dem Verzicht auf Tonaufnahmen ausschließlich auf Abschreckung. Weil es aber in erster Linie um Strafverfolgung und Beweissicherung gehe, seien auch Tonaufnahmen wichtig. Der zeitliche und technische Aufwand angesichts der großen Datenmengen werde oft unterschätzt, meinte Radner und empfahl, die zuständigen IT-Abteilungen von Anfang an einzubinden.

zab



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Das sagen die Fraktionen zum Schwerpunktthema.



Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten ...

... haben in den letzten Jahren zugenommen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten sind bei ihrer Tätigkeit oft aggressivem Verhalten ausgesetzt. Häufig müssen sie nicht nur Beschimpfungen und Beleidigungen, sondern auch körperliche Übergriffe erleben.

... haben in den vergangenen Jahren ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Nach Berechnung der Gewerkschaft der Polizei wird in NRW inzwischen alle 50 Minuten ein Polizist Opfer eines Angriffs. Die CDU fordert deshalb schon seit Jahren härtere Strafen für die Täter. Dass die rot-grüne Landesregierung dies vehement ablehnt, ist aus meiner Sicht unverantwortlich und ein Affront gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten.

Der Einsatz von Body-Cams ...

... wird derzeit in Hessen getestet. Dabei wird untersucht, ob Body-Cams geeignet sind, Polizeibeamtinnen und -beamte in bestimmten Situationen – etwa problematischen Personenkontrollen – besser zu schützen. Die Anhörung im Innenausschuss hat gezeigt, dass es noch keine abschließenden Erkenntnisse dazu gibt. Nach der wissenschaftlichen Evaluierung des Modellversuchs in Hessen müssen wir Schlüsse für NRW daraus ziehen.

... schreckt potenzielle Angreifer ab und ist daher gut geeignet, um die Anzahl der Übergriffe auf Polizeibeamte zu reduzieren. Das belegt auch ein Pilotprojekt der hessischen Polizei, das nach einer erfolgreichen einjährigen Testphase nunmehr ausgeweitet wird. Sofern es dennoch zu Straftaten gegen Polizistinnen und Polizisten kommt, können die Täter mithilfe der Body-Cam-Aufnahmen beweiskräftig überführt werden.

Rechtliche Bedenken ...

... müssen vor einem Einsatz von Body-Cams vollständig ausgeräumt werden. Derzeit fehlt es schon an einer geeigneten Rechtsgrundlage. Nur unter präventiven Aspekten ist der Einsatz rechtlich denkbar.

... gegen den Einsatz von Body-Cams sind unbegründet. Hessen zeigt ja, dass man den Body-Cam-Einsatz auf eine verfassungskonforme Rechtsgrundlage stellen kann. Wenn der CDU-Vorschlag zur Erprobung von Body-Cams in NRW abgelehnt wird, liegt das nicht an vermeintlich unüberwindbaren rechtlichen Hürden, sondern am fehlenden politischen Willen von SPD und Grünen.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei ...

... ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Frage, ob wir Body-Cams einsetzen wollen. In NRW besteht ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei. Der Einsatz darf nicht zu einer künstlichen Distanz führen.

... durch den Einsatz von Body-Cams in Gefahr zu sehen, ist angesichts eines derart niedrigschwelligen Eingriffs absurd. Die hessische Polizei hat im Rahmen ihres Pilotprojekts das genaue Gegenteil festgestellt: Der Body-Cam-Einsatz ist dort auf ein durchweg positives Echo in der Bevölkerung gestoßen. Ich kann mir nicht vorstellen, wieso das hierzulande anders sein sollte.



Diesmal zum Thema „Einsatz von Mini-Schulterkameras (Body-Cams) bei der Polizei NRW“.



... nehmen wir sehr ernst. Jede Straftat gegen die Polizei ist eine zu viel. Allerdings brauchen wir statt immer mehr Überwachung vernünftige Konzepte, um Deeskalation und schlichtendes Verhalten in der Polizeiausbildung zu verankern. Bei dem Modellversuch mit Body-Cams in Hessen waren die Fallzahlen so gering, dass man schlicht keine belastbare Aussage über die Wirkung treffen kann.

... bringt nur eine scheinbare Sicherheit für die Beamtinnen und Beamten, denn die meisten Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten geschehen im Affekt. Dadurch stellt sich keine Abschreckungswirkung durch Body-Cams ein. Ihr Einsatz stellt zugleich einen klaren Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung und damit die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger dar.

... haben wir insbesondere dann, wenn es um die Nutzung der aufgezeichneten Daten für die Strafverfolgung geht. Das Land hat hierfür keine Gesetzgebungskompetenz. Das bestehende Polizeigesetz bietet keine ausreichende Rechtsgrundlage für einen etwaigen Modellversuch mit Body-Cams.

... wird gefährdet, wenn Bürgerinnen und Bürger nicht mehr unbefangen auf Beamtinnen und Beamte zugehen können. Allgegenwärtige Videoaufnahmen können Konformitätsdruck bei der Bevölkerung erzeugen. Wir wollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger an die Polizei wenden, wenn sie Hilfe brauchen. Body-Cams drohen genau das zu verhindern.



... sind verachtenswert und durch nichts zu rechtfertigen. Klar sein muss, dass bei Beleidigungen von und bei Übergriffen auf Polizeibeamte immer ein öffentliches Interesse des Staates an einer schnellen und konsequenten Verfolgung, Anklage und Bestrafung besteht. Es gilt, die Nummern 229 bis 234 der Richtlinien für das Strafverfahren (RiStBV) entsprechend zu ergänzen.

... schürt Misstrauen der Bürgerschaft gegenüber der Polizei. Notwendige unabhängige Evaluierungen fehlen, insbesondere zu bereits vorhandenen Kameras in Streifenwagen. Zur wirksamen Prävention erscheint dieses eingriffsintensive Mittel laut Experten kaum geeignet. Die personelle Verstärkung der Streifen an Brennpunkten auch unter Einbindung von Diensthundeführern wäre zielführender.

... sind nachvollziehbar. Datenschutz ist wichtig. Hier stehen erhoffter Nutzen und tatsächliche negative Wirkung in keinem Verhältnis. Betrunkene oder Affekttaten schrecken das kaum ab, es schafft aber eine kritische Distanz zwischen Beamten und Bevölkerung. Der Einsatz primär zur Beweiserleichterung wäre nach dem Polizeigesetz laut Sachverständigen unzulässig, ebenso der Einsatz in Privaträumen.

... würde leiden. Kommunikation von und mit der Polizei ist wichtig. Die Polizei soll vom Bürger als jederzeit ansprechbarer Freund und Helfer und nicht als mobile Überwachungseinheit wahrgenommen werden. Mit Body-Cams ausgestattete Polizeistreifen senden ein bedenkliches Signal an die Gesellschaft und erhöhen die Hemmschwelle für Bürger, sich mit Fragen und Hinweisen vertrauensvoll an solche Beamte zu wenden.



... müssen konsequent verfolgt werden. Body-Cams sind aber kein geeignetes Mittel, um die Angriffe zu verhindern. Beim Frankfurter Pilotversuch gab es auch einige Angriffe auf Polizisten mit Body-Cams. Der allgemeine Rückgang der Übergriffe geht wohl eher, wenn es sich nicht bloß um eine statistische Abweichung handelt, auf die Erhöhung von zwei auf vier Beamte je Streife während der Pilotphase zurück.

... verhindert Affekttaten tendenziell nicht und wirkt daher eher nicht präventiv. Das haben unabhängige Studien zur Videoüberwachung immer wieder bestätigt. Der blinde Glaube an die Technologie Videoüberwachung muss generell endlich infrage gestellt werden. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wollen richtige Unterstützung und nicht praxisuntaugliche Spielereien.

... sind bei einem möglichen Einsatz von Body-Cams eindeutig vorhanden. Die Body-Cam als Instrument der Prävention oder Abschreckung müsste im Polizeigesetz NRW neu geregelt werden. Aus guten Gründen darf die Polizei in NRW Videoüberwachung nur in Ausnahmesituationen nutzen. Eine mobile und allgegenwärtige Schulterkamera ist mit dem Recht auf Datenschutz und Privatsphäre nur schwer zu vereinbaren.

... kann durch den Einsatz von Body-Cams negativ beeinträchtigt werden. Wenn Bürger das Gefühl bekommen, die Polizei müsse sich vor ihnen mithilfe von Body-Cams schützen, dann ist das für unseren Rechtsstaat fatal. Solch eine Schulterkamera schafft schnell Distanz zwischen Polizeibeamten und Bürgern und könnte im schlechtesten Fall auch zu einem ungesunden Konformitätsdruck bei den Bürgern führen.



Kunstwerke für NRW sichern

22.1.2015 – Die Landesregierung will nach eigenen Angaben „alles in ihren Kräften Stehende tun, um Kunstwerke der Portigon AG für NRW zu sichern“. Das geht aus einer [Vorlage](#) des Finanzministeriums hervor, die im [Haushalts- und Finanzausschuss](#) debattiert wurde. Das Ministerium weist zugleich darauf hin, dass der Gegenwert der zu sichernden Kunstwerke an die Portigon AG erstattet werden müsse. Andernfalls würde die Entnahme eine Lücke reißen, die „am Ende vom Steuerzahler zu füllen wäre“. Der Verkauf soll Thema beim „Runden Tisch“ der Kulturministerin am 5. Februar 2015 sein. Der Portigon AG, Nachfolgerin der Landesbank WestLB, gehören etwa 400 Kunstwerke, die im Zuge der Abwicklung des Unternehmens verkauft werden sollen. Dies stößt bei Opposition und Kunstschaaffenden auf Kritik.

Streit über Landesjagdgesetz

22.1.2015 – Bei einer Expertenanhörung zur Änderung des Landesjagdgesetzes NRW (Drucksache 16/7383) im [Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz](#) prallten unterschiedliche juristische Meinungen aufeinander. So wurde dargestellt, dass das Jagdrecht ein ähnliches Recht wie das Eigentum sei; Einschränkungen würden einer gerichtlichen Prüfung nicht standhalten. Andere Experten vertraten die Auffassung, Einschränkungen wie die Anpassung des Katalogs der jagdbaren Tierarten durch den Gesetzgeber seien verhältnismäßig, und der Jagdpächter müsse deshalb auch nicht entschädigt werden. Grundsätzliche Bedenken gegen Pläne, einzelne Tierarten wie Wildkatze, Luchs, Graureiher oder etwa Greifvögel von der Liste jagdbarer Tiere zu streichen, formulierten die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Wenn diese Tierarten herausfielen, würde dies möglicherweise mehr schaden als nutzen. Denn in diesem Fall entfielen auch die Hegeverpflichtung der Jäger. Der BUND NRW und der NABU NRW bekräftigten in der Expertenanhörung ihre positive Haltung zum Gesetzentwurf der Landesregierung. Es sei die Absicht erkennbar, das Jagdwe-

sen mit den Anforderungen des Tier- und Naturschutzes zu harmonisieren.

E-Scooter befördern

21.1.2015 – „E-Scooter müssen auch weiterhin befördert werden.“ Einer entsprechenden Resolution des Landesbehindertenrates schloss sich der [Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales](#) einstimmig an. Hintergrund ist die Entscheidung von Verkehrsunternehmen, behinderte Menschen mit solchen Elektromotorrollern nicht mehr in Bussen und Bahnen zu befördern. Wie der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Norbert Killewald, erläuterte, beriefen sich die Unternehmen auf ein Gutachten, das für ein bestimmtes Szenario eine Gefährdung durch E-Scooter in einem Bus nachweist. Er forderte eine Untersuchung, ob auch dann noch eine Gefährdung gegeben sei, wenn der E-Scooter an der dafür vorgesehenen Stelle abgestellt sei. Bis dahin solle ein Moratorium gelten und die Beförderung nach wie vor möglich sein. Dies hätten die Verkehrsunternehmen abgelehnt. Die Folge sei, dass auf E-Scooter angewiesene behinderte Menschen am Straßenrand stehen gelassen würden. Die Abgeordneten begrüßten die Resolution des Landesbehindertenbeirats als „sehr ausgewogen“. Die SPD verwies darauf, dass die Verkehrsunternehmen vom Land jährlich 110 Millionen Euro für die Beförderung von schwerbehinderten Menschen erhielten. Auch hielten sich viele andere Bundesländer nicht an das kritische Gutachten. CDU und FDP betonten, es sei wichtig, Lösungen zu finden, die den Transport von E-Scootern sicher und rechtssicher ermöglichten.

Leitentscheidung Garzweiler II

21.1.2015 – Die Landesregierung wolle in der zweiten Jahreshälfte eine Leitentscheidung über den zukünftigen Braunkohleabbau vorlegen, erklärte Ministerialdirigent Martin Henricke seitens der Staatskanzlei im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk](#). Ebenso wie SPD und GRÜNE betonte er, die neue Leitentscheidung ergebe sich aus den

geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen sowie aus der Absicht, bestimmte bislang geplante Umsiedlungen zu vermeiden. Die von dieser Planänderung Betroffenen benötigten schnellstmöglich Klarheit über die neue Abbaukante und den geplanten Abbauabstand, verwiesen CDU und FDP zum Beispiel auf die Ortschaft Holzweiler. Vor allem aber forderten sie, bei der Vorbereitung der Leitentscheidung alle Betroffenen einzubeziehen. Dies sagte Henricke zu, verwies aber auf das derzeit laufende komplexe Verfahren. Mit Blick auf den Abstand zwischen Tagebau und Wohnbesiedlung müsse man sich aufgrund der Gleichbehandlung an der bisherigen Regelung von 100 Metern orientieren. Allerdings wolle man einen tragbaren Kompromiss erzielen, so Henricke zu Forderungen, diesen Abbauabstand ähnlich wie bei Windschutzanlagen erheblich auszuweiten.

Breitbandausbau forcieren

21.1.2015 – Wie kann man den Ausbau des schnellen Internets zügiger voranbringen, und reichen die gegenwärtigen Fördermittel? Diese Frage stellten die Abgeordneten des [Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk](#) an Wolfgang Heer vom Bundesverband Glasfaseranschluss, Dr. Jürgen Kaack von der STC-Consulting Group sowie Ralph Ichorst von der NRW-Bank. Die Experten plädierten für einen nachhaltigen Ausbau, der auf Hochleistungsnetze und die schnellstmögliche Datenübertragung setze (beim sogenannten FTTH wären das 200 MBit/Sekunde, im Gegensatz zu 6 MBit/Sekunde beim gegenwärtigen Kupferkabel). So soll über Glasfaserkabel eine Infrastruktur geschaffen werden, die für das jährlich um 25 Prozent wachsende Datenvolumen längerfristig ausreiche, damit zum Beispiel Unternehmen auch zukünftig ihre Geschäftsprozesse digital abwickeln könnten. Wo ein solcher Ausbau noch nicht möglich sei, sollten die vorhandenen Technologien optimiert oder Brückentechnologien (etwa Richtfunk oder Satellit) eingesetzt werden. Immerhin könne der geplante Ausbau rund 15 Jahre dauern.



Gefährdungslage in NRW

21.1.2015 – Die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden haben derzeit keine konkreten Hinweise auf mögliche islamistische Anschläge. Im [Parlamentarischen Kontrollgremium Verfassungsschutz](#) des Landtags sprach Innenminister Ralf Jäger (SPD) allerdings von einer neuen Qualität der Bedrohung, die Grund zur Sorge bereite. Nach Angaben des Ministers geht eine besondere Gefahr von gewaltbereiten Rückkehrern aus Krisengebieten aus sowie von Personen, denen die Ausreise verweigert worden sei. Die Sicherheitsbehörden nähmen die zunehmende Bedrohung durch den islamistischen Terror sehr ernst. Er sprach von insgesamt mehr als 300 sogenannten Gefährdern in NRW. Derzeit würden alle Sicherheitsmaßnahmen überprüft. Nach Angaben von Burkhard Freier, Chef des Verfassungsschutzes in NRW, nimmt zugleich die Zahl der Salafisten weiter zu. Bundesweit seien es etwa 7.000, davon 1.900 an Rhein und Ruhr. Es gebe hier 40 Netzwerke, von denen zehn größer seien und überregional agierten.

Frankenkurs: Problem für Kommunen

23.1.2015 – Ob NRW-Kommunen durch die Freigabe des Frankenkurses finanzielle Verluste erleiden werden oder nicht, ist nach Ansicht der Landesregierung derzeit nicht absehbar. Summen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, seien rein fiktiv, erklärte Innenminister Ralf Jäger (SPD) in einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde im [Ausschuss für Kommunalpolitik](#). Die Schweizer Notenbank hatte Mitte Januar überraschend angekündigt, die Franken-Kopplung an den Euro aufzugeben. Kommunen, die Kredite in Schweizer Franken aufgenommen haben, drohen nun zum Teil erhebliche Verluste. Denn: Bei der Tilgung könnte sich ein höherer Wechselkurs bemerkbar machen. Die Landesregierung versuche, die drohenden Millionen-Verluste zu verniedlichen, kritisierte die CDU. Sie forderte, die Aufnahme von Fremdwährungskrediten zu untersagen. Die SPD wies darauf hin, dass es sich bislang allenfalls um Buchverluste handle. Die Risikoabschätzung

gehöre zur kommunalen Selbstverwaltung. FDP und PIRATEN bezeichneten die Situation als nicht so dramatisch, wie sie zuweilen dargestellt werde.

Anhörung zu Einbrüchen

13.1.2015 – Die CDU-Fraktion fordert angesichts der gestiegenen Zahl von Wohnungseinbrüchen und gleichzeitig gesunkener Aufklärungsquoten mehr Personal für die Kriminalpolizei ([Drs. 16/5760](#)). Der Anteil der Kripo am Gesamtpersonalbestand müsse durch Umschichtungen deutlich erhöht werden. Grundsätzlich sei der Vorstoß der Christdemokraten zwar zu begrüßen, erklärten Vertreter der Polizei-Gewerkschaften bei einer Anhörung im [Innenausschuss](#). Zugleich warnten sie aber davor, Personal aus anderen Abteilungen abzuziehen. Dies würde dort zu Qualitätsverlusten führen. Die Gewerkschaften empfahlen stattdessen, zusätzliche Stellen zu schaffen. Eine Sprecherin des Bundeskriminalamtes berichtete von einem kontinuierlichen bundesweiten Anstieg der Wohnungseinbrüche seit 2008 auf rund 150.000 Fälle im Jahr 2013. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl sei NRW nach Bremen, Hamburg und Berlin am vierthäufigsten betroffen.

EU-Ratspräsidentschaft

Lettland gehört seit dem 1. Mai 2004 der Europäischen Union an und nimmt seit 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft wahr. Botschafterin Kuzma erläuterte im [Ausschuss für Europa und Eine Welt](#) die Arbeitsschwerpunkte in den kommenden sechs Monaten: Dazu gehörten insbesondere Initiativen für ein wettbewerbsfähiges, digitales und engagiertes Europa. Im ersten Halbjahr soll unter anderem das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) vorgebracht werden. Und auch das Investitionspaket in Höhe von 315 Milliarden Euro, das die EU-Kommission auf den Weg gebracht hat, soll bis zum Ende der Ratspräsidentschaft auf den Weg gebracht werden. Wie die neue EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker sieht auch die lettische Regierung Handlungsbedarf

bei der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes. Es sei dafür nötig, die digitale Umwelt sicher zu gestalten und eine Einigung über den Datenschutz zu erzielen, so Kuzma. Eine weitere wichtige Aufgabe, gerade für einen kleinen Mitgliedstaat, sei es, die Energieunion voranzubringen. Dazu gehöre Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, Energiesicherheit und -unabhängigkeit sowie ein funktionierender und vernetzter Markt für die ganze EU. Anfang Februar 2015 soll die Diskussion darüber in der EU beginnen.

Register der Videoüberwachung?

27.01.2015 – Ein öffentliches Register für Videoüberwachungskameras in Nordrhein-Westfalen einführen wollen die PIRATEN. In einem entsprechenden Antrag ([Drs. 16/5280](#)) begründen sie ihre Forderung damit, dass ein solches Register die Möglichkeit einer Bestandsaufnahme und einer Bewertung der bestehenden Überwachungspraktiken böte. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, Ulrich Lepper, betonte in seiner Stellungnahme die Verantwortung der Personen und Stellen, die eine solche Überwachungstechnik nutzen. Sie müssten sich ihrer datenschutzrechtlichen Verantwortung bewusst sein und dieser umfassend Rechnung tragen. Die Einführung eines öffentlichen Registers entbinde sie nicht davon, in jedem Einzelfall die datenschutzrechtlichen Anforderungen zu prüfen. Die Einführung eines Registers könne zu der falschen Annahme führen, dass durch die Erfüllung der Meldepflicht die Verantwortung zum Beispiel auf die Dienststelle des Datenschutzbeauftragten übergehe. Dies sei jedoch nicht der Fall. Außerdem könne ein Register keine Aussagen über die Zulässigkeit der jeweiligen Einrichtungen treffen. Lepper verwies zudem auf die hohe Zahl öffentlicher und die enorme Zahl privater Überwachungsanlagen. Gerade letztere könnten durch seine Dienststelle nicht effektiv überwacht werden. Vor diesem Hintergrund setze er den Schwerpunkt auf präventive Aufklärung über den datenschutzrechtlichen Rahmen.



Aus den Fraktionen

„Wir stehen für eine seriöse Finanzpolitik“

Am Jahresende gab es für die Menschen in NRW eine gute Nachricht: Der Finanzminister konnte rund 900 Millionen Euro weniger neue Kredite aufnehmen als geplant. 2014 betrug die Nettoneuverschuldung nur noch 2,3 Milliarden Euro. Und im beschlossenen Haushaltsplan 2015 ist eine weitere Absenkung um 400 Millionen Euro vorgesehen. Damit ist klar: Auf dem Weg zur grundgesetzlich vorgegebenen Schuldenbremse im Jahr 2020 kommen wir gut voran. In diesem Jahr werden wir auf der Hälfte der Strecke die Kreditaufnahme gegenüber 2010, dem Jahr unserer Regierungsübernahme, bereits um 70 Prozent gesenkt haben. Diese Entwicklung belegt: Die rot-grüne



Norbert Römer (SPD)

Koalition steht für eine verlässliche und seriöse Finanzpolitik, die gleichzeitig konsolidiert, investiert und für Einnahmeverbesserungen sorgt. Dieser Dreiklang bestimmt unseren Kurs. Wir investieren in die Zukunft. Seit 2010 haben wir rund 200 Milliarden Euro in Betreuung, Bildung und in unsere Kommunen investiert und gleichzeitig die Kreditaufnahme konsequent zurückgefahren. Das erreichen wir mit einem Bündel von Sparmaßnahmen quer durch alle Politikfelder, das in der Summe rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ausmacht. Davon ist auch der Personalbereich betroffen. Denn eine verantwortungsbewusste Konsolidierungspolitik muss auch den Personalhaushalt, der mit

43 Prozent den größten Anteil am gesamten Landeshaushalt von rund 64 Milliarden Euro in diesem Jahr hat, in die Sparmaßnahmen mit einbeziehen. Durch diese Anstrengungen werden wir 2017 nur noch 1,3 Milliarden Euro neue Kredite brauchen. Das sind dann 80 Prozent weniger neue Schulden als 2010. Deshalb heißt die klare Botschaft: Selbstverständlich werden wir in NRW ab 2020 ohne neue Schulden auskommen und trotzdem unsere vorbeugende Politik mit den notwendigen Investitionen in die Zukunft fortsetzen. Dafür haben die Menschen uns gewählt, und darauf können sie sich verlassen. Wir halten, was wir versprochen haben.



CDU für 2,5-Prozent-Sperrklausel – Räte und Kreistage müssen handlungsfähig sein

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich für die Einführung einer 2,5-Prozent-Sperrklausel bei künftigen Kommunalwahlen ausgesprochen, um die Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen zu sichern. Wenn die Räte und Kreistage durch die Zersplitterung in ihrer Handlungsfähigkeit bedroht sind, ist auch die Stärke der Kommunen bedroht. Die Zahl der Ratsfraktionen sowie der Gruppierungen und Einzelbewerber ohne Fraktionsstatus in den Gemeindevertretungen hat sich seit der letzten Kommunalwahl drastisch erhöht.

Die Sperrklausel ist 1999 durch den Verfassungsgerichtshof NRW außer Kraft gesetzt worden. Durch die Abschaffung der Sperrklausel kam es zu einer Zersplitterung der Kommunalparlamente, die von Wahl zu Wahl gravierender wurde und mit den Kommunalwahlen vom 25.

Mai 2014 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. In mehr als der Hälfte aller kreisfreien Städte sind zehn und mehr Parteien und Gruppierungen in die Stadträte eingezogen. Selbst in drei Kreistagen hat die Zersplitterung dieses Niveau erreicht.

Diese Zersplitterung beeinträchtigt nicht nur die Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen, sie behindert auch eine effektive und kraftvolle Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist ein Problem für die lokale Demokratie. Ratsitzungen dauern immer länger, ohne zu den erforderlichen Entscheidungen zu kommen. Unter diesen Bedingungen wird es immer schwieriger, politisch Interessierte für eine ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen.

Im Spannungsfeld zwischen den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen, der Funk-

tionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen und der möglichst weitgehenden Beteiligung von Bürgergruppen hält die CDU-Landtagsfraktion eine Sperrklausel von 2,5 Prozent für geeignet und angemessen. Jetzt kommt dem Ministerium für Inneres und Kommunales die Aufgabe zu, die tatsächlichen Voraussetzungen für eine rechtssichere Sperrklausel darzulegen. Die CDU-Landtagsfraktion wird zeitnah Gespräche mit den anderen Landtagsfraktionen aufnehmen, um möglichst im ersten Halbjahr des Jahres 2015 das notwendige parlamentarische Verfahren beginnen zu können.





Digitalisierung: Selbstbestimmt, sicher und schnell

Der digitale Wandel ist ein Schwerpunkt der zweiten Halbzeit der Rot-Grünen Koalition. Wir Grüne sehen durch die Digitalisierung große Möglichkeiten für NRW, ganz besonders auch für den ländlichen Raum. Denn dort stellt sich die demografische Herausforderung in besonderem Maß. Digitale Technologien können hier eingesetzt werden, um zum Beispiel für ältere Menschen mehr Versorgungssicherheit zu gewährleisten und zivilgesellschaftliche Initiativen stärker zu vernetzen. Für pflegebedürftige Menschen bieten Telemedizin und Assistenzsysteme wie die „mitdenkende Wohnung“ wertvolle Unterstützung. Dadurch müssen sie nicht wegziehen, wenn die Strukturen kleiner werden. Auch Bildungsangebote sind wichtige Bausteine für die Funktionsfähigkeit dörflicher

Strukturen. In diesem Bereich bestehen große Chancen durch Formen des digitalen Lernens.

Um diese Vorteile für alle Menschen nutzbar zu machen, gibt es drei zentrale Herausforderungen. Erstens gilt der Grundsatz, dass Technik dem Menschen dienen muss. Gerade in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheits- und Pflegesektor darf es durch Technisierung nicht zu mehr Überwachung kommen. Zweitens



brauchen wir sichere und vertrauenswürdige Kommunikation. In NRW wird hierzu bereits auf Spitzenniveau geforscht. Diese Aktivitäten wollen wir in den kommenden Jahren ausbauen. Drittens ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur unabdingbar für das Gelingen des digitalen Wandels. Rot-Grün hat sich dem Ziel der Bundesregierung angeschlossen, bis 2018 eine Versorgung mit schnellem Internet (50 Mbit/s) zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist aber Unterstützung des Bundes notwendig. Deshalb setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass endlich auch Bundesmittel für den Breitbandausbau bereitgestellt werden.



Traditioneller Neujahrsempfang der FDP-Landtagsfraktion

Beim gemeinsamen Neujahrsempfang von Landtagsfraktion und Landesverband haben die Freien Demokraten ein Bekenntnis zur Freiheit abgelegt. „Auf die Bedrohung der Freiheit antworten wir mit mehr Freiheit“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner (Foto) in Düsseldorf. Der Parlamentarische Geschäftsführer Christof Rasche betonte, dass die FDP-Fraktion

das beste Bildungssystem anstrebe und den Wirtschaftsstandort NRW stärken wolle. Unter den rund 1.000 Gästen begrüßte Rasche Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden ebenso wie Abgeordnete der anderen Landtagsfraktionen.

Als Gastredner hatten die Freien Demokraten den Präsidenten der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern, Ralf Kersting, eingeladen. Kersting kritisierte die wirtschaftsfeindliche Politik der rot-grünen Landesregierung. Insbesondere die regional ausgerichtete Klimaschutzpolitik erschwere wirtschaftliche Betätigung, betonte Kersting. Dabei müsse Klimaschutz Thema der europäischen Politik sein, nicht der Landespolitik.

Eine klare Absage erteilte Christian Lindner der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung. Es sei eine unangemessene Reaktion auf die schreckli-

chen Pariser Anschläge, für vermeintliche Sicherheit Grundrechte der Bürger einzuschränken und die Vorratsdatenspeicherung einzuführen. „Das ist ein plumper und pietätloser Versuch, aus Terroranschlägen politisches Kapital zu schlagen“, kritisierte Lindner mit Blick auf Forderungen aus Union und SPD. Lindner appellierte an die Muslime in Deutschland, sich aktiv darum zu bemühen, für unsere Verfassung zu werben. „Wir dürfen von den Muslimen in unserem Land erwarten, dass sie sich energisch gegen Extremisten in ihren Reihen zur Wehr setzen“, unterstrich Lindner.



Mit MegaPerls® in die digitale Zukunft? Landesregierung agiert planlos, ziellos, kraftlos.

„MegaBits. MegaHerz. MegaStark.“ Das Motto der Landesregierung für eine Digitalisierungs-offensive erinnert an MegaPerls®. Die Werbung verspricht maximale Kraft bei geringer Dosierung. Aber übertragen auf die Ankündigungen der Landesregierung entpuppt sich diese Verheißung als megaleer. Mit einem geringen finanziellen Einsatz die maximale Digitalisierung unseres Landes erreichen zu wollen, funktioniert nicht.

Nach viereinhalb Jahren im digitalen Dornröschenschlaf wacht die Landesregierung jetzt auf und agiert planlos, ziellos, kraftlos. Sie klebt Piraten-Etiketten auf leere Tüten: Der Breitbandausbau verkümmert, stattdessen setzt die Landesregierung auf eine „App in die Mitte“. Sie spricht von „modernen Zeiten an unseren Schulen“, will aber Taschenrechner von vorges-

tern einführen. Sie verspricht eine digitale Reform in den Landeseinrichtungen und kann nicht erklären, was der Bürger vor Ort davon hat. Viele Fragen bleiben offen, vor allem in Bezug auf die Finanzierung.

Einen erfolgreichen Start in die digitale Zukunft gibt es für uns nur mit einem Internet-Ministerium. Wir fordern daher ein Ministerium für Digitale Gesellschaft, Vernetzung, Datenschutz und Breitbandausbau für NRW, welches alle politischen Handlungsfelder bündelt. Die Verteilung der Zuständigkeiten bei digitalen Themen auf zahlreiche Landesministerien hat sich als nicht tauglich herausgestellt. Zentrale Herausforderungen des digitalen Wandels wie Breitbandausbau,



Joachim Paul (PIRATEN)

Stärkung von Medienbildung und Digitalem Lernen, Datenschutz sowie OpenGovernment und E-Government werden gar nicht bzw. nur ansatzweise oder verspätet angegangen. Nur mit einem Internet-Ministerium und einem parlamentarischen Ausschuss können die Chancen der Digitalisierung für alle Menschen genutzt werden. Jetzt sollen die regierungstragenden Fraktionen zeigen, wie ernst sie es mit ihrer Ankündigung einer „Heimat in der digitalen Welt“ meinen.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



Verfassungskommission: Straffer Arbeitsplan

Aktuelle Themen: Schuldenbremse, kommunale Selbstverwaltung

Januar 2015 – Die Verfassungskommission hat unter Hinzuziehung von externen Expertinnen und Experten die ersten beiden Themenkomplexe ihres Arbeitsprogramms behandelt. Über mögliche konkrete Vorschläge zur Änderung der Verfassung will die Kommission zum Ende ihrer Arbeit entscheiden.

Unter Einbeziehung der Öffentlichkeit – unter anderem durch eine Vielzahl von Zuschriften und durch einen Blog – konnten die umfangreichen Themenkomplexe „Parlamentarismus“ und „Landesregierung“ sowie „Partizipation“ bearbeitet werden.

Zu diesen Themenkomplexen gehörten insbesondere die folgenden Themen:

- Neuregelung der Bestimmungen für eine vorzeitige Beendigung der Wahlperiode,
- Stärkung der Abgeordnetenrechte, insbesondere durch die Einführung von Parlamentsinformationsrechten,

- Absenkung des Wahlalters für die Wahl zum Landtag auf 16 Jahre,
- Verbreiterung der Partizipationsmöglichkeiten von EU-Bürgerinnen und Bürgern auf Landesebene sowie
- Erleichterung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden.

Am 11. Juli 2013 hat der Landtag die Kommission zur Reform der Nordrhein-Westfälischen Verfassung eingesetzt. Auftrag der Kommission ist die Überprüfung des dritten Teils der Landesverfassung. In einer auf Konsens ausgerichteten Arbeitsatmosphäre konnten weitgehende Übereinstimmungen festgestellt werden. So bestand zum Beispiel

hinsichtlich einer Neuregelung der Bestimmungen für eine vorzeitige Beendigung der Wahlperiode grundsätzlich Einigkeit. Diesbezüglich führte [Lutz Lienenkämper](#) (CDU) aus, dass die Zeit nach der Selbstauflösung des Landtags im Jahr 2012 gelehrt habe, dass hier Neuregelungen erforderlich und geboten seien. [Hans-Willi Körnges](#) (SPD) und [Torsten Sommer](#) (PIRATEN) ergänzten, dass man vermeiden müsse, dass es parlamentslose Zeiten gebe. [Dr. Ingo Wolf](#) (FDP) und [Stefan Engstfeld](#) (GRÜNE) verwiesen diesbezüglich auf die Lösungen in anderen Landesverfassungen. Allerdings gab es auch unterschiedliche Standpunkte, beispielsweise hinsichtlich einer Absenkung des Wahlalters für die Wahl zum Landtag auf 16 Jahre. So sprach sich [Andreas Kossiski](#) (SPD) namens

der SPD-Fraktion für die Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen aus, während bei [Lutz Lienenkämper](#) (CDU) im Moment noch deutlich die Skepsis überwog.

Aufgrund des zügigen Arbeitsfortschritts wurde in der Verfassungskommission Einigkeit darüber erzielt, dass ihre Arbeit in diesem Jahr nochmals beschleunigt werden kann. So wird die Verfassungskommission bereits im ersten Halbjahr 2015 die noch ausstehenden Themenkomplexe „Schuldenbremse“ und „Kommunen“ sowie „Verfassungsgerichtshof“ behandeln. Zu diesen Komplexen gehören unter anderem folgende Themen:

- Einführung einer Schuldenbremse,
- Fragen der Subsidiarität sowie Stellung der kommunalen Selbstverwaltung und
- Einführung der Individualverfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof.

MITWIRKUNG

Zum Themenkomplex „Fragen der Subsidiarität sowie Stellung der kommunalen Selbstverwaltung“ fand bereits am 19. Januar 2015 eine öffentliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und weiterer externer Fachleute statt. Am 9. März 2015 werden dann zwei Sachverständige Gutachten präsentieren, die sie im Auftrag der Verfassungskommission zum Thema Schuldenbremse erarbeitet haben. Der Vorsitzende [Prof. Dr. Rainer Bovermann](#) rechnet mit einem Abschluss der Arbeiten der Verfassungskommission bereits Ende dieses, spätestens Anfang nächsten Jahres.

Um Interessierten zu jedem Zeitpunkt effektive und umfassende Mitwirkungsmöglichkeiten zu gewährleisten, können unter verfassungskommission.landtag.nrw.de die bisherigen Beratungen der Verfassungskommission den öffentlichen Protokollen und den Sitzungsmitschnitten entnommen werden. Alle Sitzungen der Verfassungskommission werden für die Öffentlichkeit im Internet live übertragen.

Überprüfung

Die Landesverfassung vom 18. Juni 1950 wurde bislang nur punktuell geändert. Die Verfassungskommission unterzieht die Landesverfassung erstmalig einer umfassenderen Überprüfung. Hierfür liegt kein konkreter Anlass vor. Dadurch soll zugleich gewährleistet werden, dass aktuelle politische Positionierungen keine herausgehobene Rolle spielen. Binnen zweier Jahre Kommissionsarbeit soll das im Einsetzungsbeschluss genannte Ziel – die Gewährleistung einer modernen, zukunftsfähigen Verfassung – erreicht werden. Mit ihrer Arbeit will die Verfassungskommission zugleich zur Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen in der Bevölkerung und zum staatsbürgerlichen Zusammenhalt aller in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen beitragen.

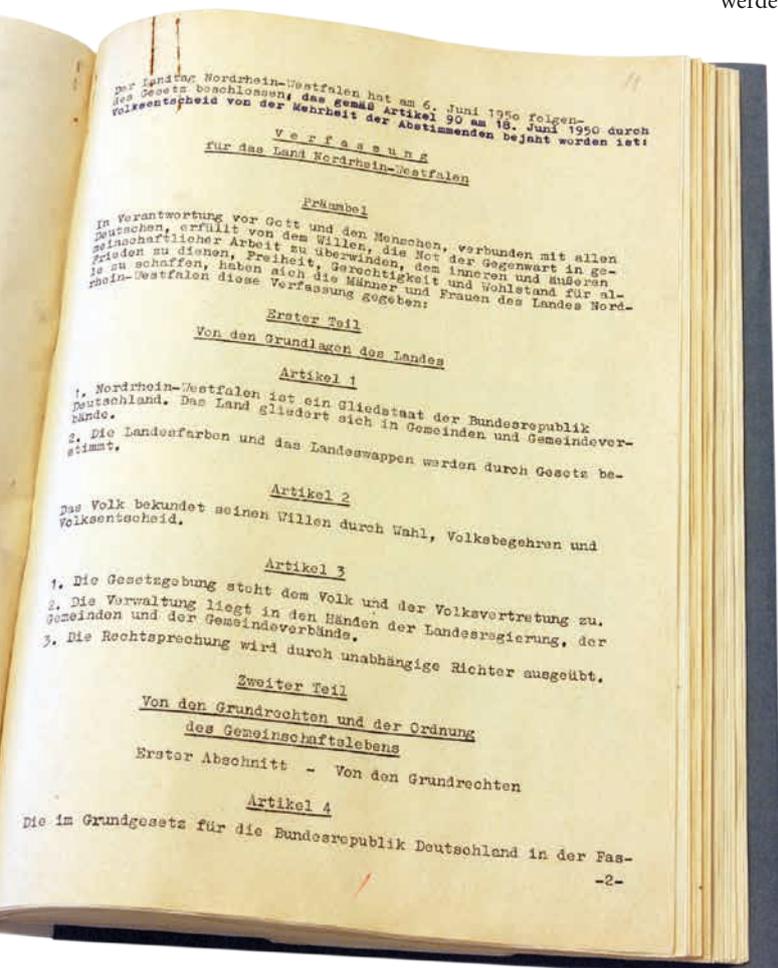


Foto: Schälte



Persönlich: Wolfgang Große Brömer (SPD)



Ein gewinnendes Lächeln ist das „Markenzeichen“ von [Wolfgang Große Brömer](#). „Ehrliche Freundlichkeit gehört zur Politik“, meint der SPD-Landtagsabgeordnete aus Oberhausen. Er hat allerdings auch schon erfahren, dass seine angenehme Art missverstanden wird: Als ironisch oder gar spöttisch werde gelegentlich sein Lächeln gewertet. Dabei mag der 62-Jährige keine aufgesetzte Fröhlichkeit, aber liebt humorvolle Menschen. Er selbst charakterisiert sich als „nachdenklich aufgeschlossen“. Gute Voraussetzungen, um als Vorsitzender des Schulausschusses mit der erforderlichen Geduld lange Diskussionen konzentriert aushalten zu können.

„Ich liebe den politischen Diskurs“, bekennt der Lehrer, der zuletzt als Leitender Gesamtschullehrer tätig war. Der Berufswunsch stand für ihn bereits in der Oberstufe fest. „Ich wollte die Welt im Kleinen verändern und schlauer machen“, doch die Grenzen dieses guten Vorsatzes hat er „recht schnell“ erfahren. Natürlich ist sich Große Brömer des permanenten Verdachts bewusst, als besserwisserisch zu gelten. Doch diese vermeintliche Rolle sei kein Alleinstellungsmerkmal für Lehrer.

Die Nähe zur Politik wurde dem aus „einer recht konservativen katholischen Familie“ stammenden Oberhausener quasi in die Wiege gelegt: Sein Großvater war CDU-Bürgermeister in seiner Heimatstadt, sein Vater – wie seine Schwester Pädagoge – ebenfalls sehr an politischen Prozessen interessiert. Den Anstoß für den Eintritt in die SPD 1972 gab die Politik von Willy Brandt: „Als Schüler war ich fasziniert von der Ostpolitik. Die eröffnete neue Blickwinkel.“

Als 25-Jähriger wurde er Vorstandsmitglied bei den Oberhausener Jusos. „Da habe ich einiges bewegt“, erinnert er sich an den ersten Anti-Atom-Antrag, als es die GRÜNEN noch gar nicht gab. Ein Jahr später folgte der Vorsitz bei den dortigen Falken, den er sechs Jahre lang behielt. „Ich betrachte mich nach wie vor als pragmatischen Linken“, versichert Große Brömer. Motivation und Antrieb für sein Engagement sei ein ausgeprägtes Gerech-

tigkeitsgefühl, das ihn das Ziel verfolgen lässt, ungerechte Zustände verändern zu wollen. Die persönlichen Attacken gegen Brandt, der wegen seiner Öffnung zum Osten angefeindet und verleumdet wurde, bewegten den Sozialdemokraten, die Beobachterrolle zu verlassen und aktiv zu werden.

Neben der Arbeit in der Oberhausener Kommunalpolitik, die ihn „erde“, übernahm er als 54-Jähriger Verantwortung in der Partei. Nach sechsjähriger Tätigkeit als Unterbezirksvorsitzender gab er das Amt 2012 an Michael Groschek ab. Wie stark verwurzelt Große Brömer in der Bevölkerung ist, belegen die Wahlergebnisse. Eindeutig holte er seit 2000 immer wieder das Direktmandat. 2017 tritt er aber nicht erneut als Landtagskandidat an: „Man muss irgendwann Schluss machen können“, hat er seinen Rückzug bei Erreichen des Pensionsalters bereits organisiert und beweist damit, dass Loslassen zu den Eigenschaften zählt, die er selbst umsetzt.

„Verbinden statt trennen“, setzt er darauf, Probleme nicht nur zu beschreiben, sondern möglichst pragmatisch lösen zu wollen. Bei komplexeren gesellschaftlichen Fragestellungen sei Polarisierung ein falscher Politikansatz. Das Erreichen eines hoch gesteckten Ziels gilt auch für die aktuell größte bildungspolitische Herausforderung: die Umsetzung des gemeinsamen Lernens von Schülern mit und ohne Behinderungen. Die Inklusion werde zu wenig aus der Sicht der Schüler beleuchtet, beschreibt Große Brömer die Veränderung als Prozess. „Ich glaube, dass die Inklusion funktioniert, zumal ich mir keine Alternative vorstellen kann“, versichert er. Aber: „Da gilt es noch sehr viele dicke Bretter zu bohren und viele Schwierigkeiten zu meistern.“

Familiär ist der 62-Jährige unter Frauen: Ehefrau, drei erwachsene Töchter und seit November die erste Enkelin sind sein Umfeld, dem er sich stärker widmen möchte. Wenn er in naher Zukunft mehr freie Zeit hat, könnte er sich der Familienforschung widmen, denn der Name lässt mehr als erahnen, dass es einen bäuerlichen Ursprung gegeben haben muss. Mit vollem Namen heißt er übrigens Wolfgang Wilhelm Josef Große Brömer.

Etwas überraschend erscheint – neben dem Lesen von Fachliteratur bis zu Krimis – ein Hobby, das der 62-Jährige künftig intensiver pflegen möchte: Nicht schrauben, aber intensiv putzen kann der Oberhausener demnächst sein Motorrad. Die BMW 1200 RT ist mit 115 Pferdestärken eine Tourenmaschine, mit der er angenehm unterwegs sein kann. Ob dabei auch sein verschmitztes Lächeln zu sehen sein wird, ist sehr wahrscheinlich, denn dann dürfte er den Alltag hinter sich gelassen haben.

Robert Vornholt

Geburtstage

27. Januar bis 17. März 2015

28.1. Schultheis, Karl (SPD)	62
31.1. Lürbke, Marc (FDP)	38
4.2. Priggen, Reiner (GRÜNE)	62
6.2. Wegner, Olaf (PIRATEN)	48
7.2. Middendorf, Claudia (CDU)	46
9.2. Kern, Walter (CDU)	61
10.2. Biesenbach, Peter (CDU)	67
10.2. Wolf, Sven (SPD)	39
11.2. Klocke, Arndt (GRÜNE)	44
15.2. Ellerbrock, Holger (FDP)	67
16.2. Uhlenberg, Eckhard (CDU)	67
17.2. Lohn, Werner (CDU)	57
17.2. Brems, Wibke (GRÜNE)	34
18.2. Laschet, Armin (CDU)	54
18.2. Löcker, Carsten (SPD)	54
18.2. Dr. Orth, Robert (FDP)	47
21.2. Kieninger, Gerda (SPD)	64
22.2. Beer, Sigrid (GRÜNE)	59
22.2. Fricke, Stefan (PIRATEN)	53
22.2. Hendriks, Heiko (CDU)	49
24.2. van den Berg, Guido (SPD)	40
28.2. Seel, Rolf (CDU)	62
28.2. Dr. Maelzer, Dennis (SPD)	35
1.3. Löhrmann, Sylvia (GRÜNE)*	58
2.3. Paul, Josefine (GRÜNE)	33
6.3. Kaiser, Klaus (CDU)	58
6.3. Stein, Robert (CDU)	36
8.3. Hafke, Marcel (FDP)	33
9.3. Höne, Henning (FDP)	28
10.3. Hammelrath, Gabriele (SPD)	62
10.3. Philipp, Sarah (SPD)	32
11.3. Herrmann, Frank (PIRATEN)	54
14.3. Voßeler, Margret (CDU)	58
14.3. Yetim, Ibrahim (SPD)	50
14.3. Schneider, Susanne (FDP)	48
15.3. Tenhumberg, Bernhard (CDU)	59
15.3. Watermann-Krass, Annette (SPD)	58
16.3. Römer, Norbert (SPD)	68
17.3. Schlömer, Dirk (SPD)	50
17.3. Kamieth, Jens (CDU)	46
17.3. Düngel, Daniel (PIRATEN)	39

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

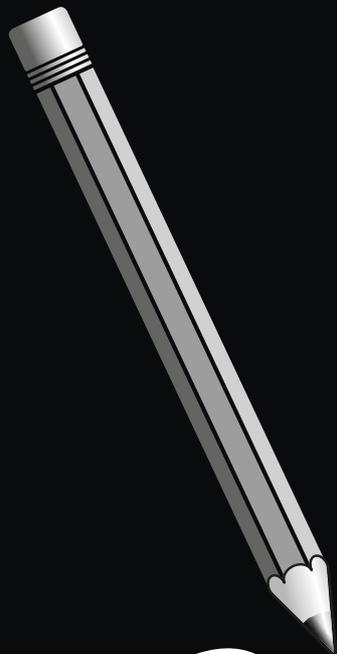
Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

28.1. Dr. Biedenkopf, Kurt Hans (CDU)	85
1.2. Backes, Hanns (CDU)	90
11.2. Grätz, Reinhard (SPD)	75
20.2. Heckelmann, Erich (SPD)	80
21.2. Dr. Schwefer, Theodor (CDU)	85
25.2. Dr. Gerritz, Eugen (SPD)	80
27.2. Ley, Marie-Theres (CDU)	75
28.2. Burgmer, Franz Karl (CDU)	85
10.3. Kollorz, Fritz (CDU)	70
11.3. Palmen, Manfred (CDU)	70
14.3. Dr. Worms, Bernhard (CDU)	85
14.3. Böcker, Manfred (SPD)	75
19.3. Kress, Karl (CDU)	70

Landtag Intern erscheint wieder im März 2015

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

**DIE
MEINUNGS
FREIHEIT**



**DER
TER ROR**